

Dillenburg Nachrichten

mit Illustrierter Gratis-Beilage „Neue Lesehalle“.

— Unabhängiges Organ —

der werktätigen Berufsclassen in Stadt u. Land, des gewerblich. u. kaufmännischen Mittelstandes, der Beamten, der Landwirtschaft sowie des Arbeiterstandes.

Erscheinen an allen Wochentagen. — Bezugspreis vierteljährlich mit Postlohn 1,75 Mk., durch die Post bezogen 1,90 Mk., durch die Post ins Haus geliefert 1,92 Mk.

Verlag u. Exped. Dillenburg, Salzgasse 9.

Preis für die einseitige Beilage oder deren Raum 15 Pfg., Reklamen pro Zeile 40 Pfg. Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Druck v. Emil Kinding, Buchdruckerei, Dillenburg.

Nr. 91.

Sonntag, den 19. April 1914.

8. Jahrgang.

Evangelisch-Sozialer Kongreß.

Unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches trat am Donnerstag in Nürnberg, wie schon kurz erwähnt wurde, der Evangelisch-Soziale Kongreß zu seiner 25. Tagung zusammen, die mit einer Begrüßungsfeier eingeleitet wurde. In seiner Eröffnungsrede wies der Vorsitzende, Professor D. Baumgarten-Riel, darauf hin, daß man dem Kongreß vorgeworfen habe, er mache Kompromisse, besonders mit dem Kapitalismus und dem Luxus. Gewiß fühle sich der Kongreß nicht verpflichtet, mit großen Kundgebungen vor die Öffentlichkeit zu treten; denn man dürfe sich von derartigen öffentlichen Kundgebungen keine zu große Wirkung auf die, die es angehe, erwarten. Was die Frage des Schutzes der Arbeitslosen anlangt, so ist nach unserer Ueberzeugung die unbedingte Koalitionsfreiheit die magna charta unserer Arbeiter. (Lebhafter Beifall.) Wir sind der Meinung, daß die soziale Bewegung noch nicht haltmachen hat. Der Führer der sozialen Bewegung in England hat uns den Dank der proletarischen Welt dafür ausgesprochen, daß wir auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge bahnbrechend gewesen sind. Unsere ganze Arbeit werden wir zu stellen haben unter die zwei Bitten des Vaterunsers: „Führe uns nicht in Versuchung!“ und: „Dein Reich komme!“ Der Redner schloß mit einem Hoch auf den König von Bayern und den Kaiser und nahm dann das Wort zu seinem Vortrag über das Thema:

„Der Einfluß der sozialen Verhältnisse auf die Entwicklung der Frömmigkeit und Kirchlichkeit.“

Nach theoretischen Erörterungen kam der Referent zu der praktischen Frage, ob wir ein Programm zur Beseitigung der sozialen Zustände im Interesse des Evangeliums haben, und gelangte zur Verneinung dieser Frage. Weiter erörterte der Referent die Fragen der inneren Kolonisation und der Jugendpflege, auf welchem Gebiete auf katholischer Seite Vorbildliches erreicht worden sei.

In der Diskussion führte u. a. Dr. Rebling (Württemberg) aus: Der Evangelisch-Soziale Kongreß muß auch für das Recht eintreten. Es geht nicht an, daß die Vertretung eines Leutnants von Forstner die Grundlage irgendwelcher Rechtsbegriffe bildet. Auch Oberst von Reuter gehört in diese Linie. Professor D. Harnack erklärte, daß dieser Hinweis auf die bayerischen Verhältnisse unpassend gewesen sei.

In der zweiten Hauptversammlung sprach Viz. Paul Rohrbach über die Frage: Die Eingeborenenfrage in unseren Kolonien als sittlich-soziales Problem. Die Regierungen nicht fähig, eigene Staatswesen zu bilden; das hätten die Regierungen in Haiti und Liberia gezeigt. Es sei eine Willkür, daß derartige Staatswesen noch existieren dürfen. Man werde den Regierungen nie so weit bringen wie die weiße Rasse mit ihrem tiefen, religiösen Empfinden. Beim Regieren dürfe es nicht heißen „Freiheit“, sondern „Autorität“. Den Regierungen kann man nur erziehen mit dem einen Wort: Du sollst! Ich stehe auf dem Standpunkt, man kann heute noch keinen Regierstamm sich selbst überlassen. In dieser Beziehung betenne ich, daß ich das Prinzip der katholischen Missionen in Afrika für das richtige halte. Es wird uns nichts anderes übrigbleiben, als uns ihrer Methode zuzuwenden, sonst wird die Zukunft Afrikas nicht hell sein, katholisch im disziplinarreligiösen Sinn. Alle grundsätzliche Verschiedenheit der Ansichten tritt zurück hinter der Gemeinsamkeit der Praxis, was zunächst in der Höhe zu bringen. Ueber Fragen, in denen wir nicht einig sind, können wir diskutieren. Fest steht, daß wir an der Hebung der schwarzen Rasse arbeiten müssen. Aber am richtigen Ende anfangen! (Stürmischer Beifall.) An den Vortrag schloß sich eine längere Diskussion, in der u. a. darauf gewarnt wurde, etwa den Unteroffizieren in den Kolonien groß werden zu lassen.

Politische Wochenschau.

Die für die friedliche Zeit der Karwoche geplante Reise des Reichskanzlers nach Korfu hatte auf etwa acht Tage verschoben werden müssen, und als Grund wurde die Erkrankung seiner Gemahlin angegeben. Was dies nun der wirkliche Grund gewesen sein mag, ist die Reise wurde doch zur Tatsache! Allerdings dürfte es sich weniger um eine Lust- und Erholungsreise handeln; denn auf der schönen Phäakineninsel würden die Kanzler allerlei Arbeit und Sorge. Weiß man doch, daß die Neubefestigung des reichsländischen Statthalterpostens fallen würde. Mancherlei wird auch sonst dort über die innere Politik gesprochen werden, und die Nachbarschaft des epirischen Aufstandesherdes hat sicher Kaiser Begehrlichkeiten keinen Mangel an Stoff zu liefern.

Während mit dem Statthalterwechsel die Erledigung der letzten Sabern-Affäre nach der persönlichen Seite hin abgeschlossen sein wird, bedeutet der Erlaß neuer Vorschriften für die unter der preussischen Heeresverwaltung stehenden Truppen über den Waffengebrauch des Militärs im Frieden — wenigstens vorläufig — Abbruch der Angelegenheit in sachlicher Beziehung. Wenn nun auch die entsprechenden Vorschriften im allgemeinen den Anforderungen entsprechen dürften, die vom Standpunkte des Rechtsstaates aus an die Abgrenzung der Befugnisse von Militär- und Zivilgewalt gestellt werden müssen, wenn diese Vor-

schriften also in materieller Hinsicht ausreichend sein sollten, so bleibt doch auf alle Fälle zu bedauern, daß sie formell als Verordnung und nicht als Gesetz erlassen wurden.

Viel wurde in jüngster Zeit die knifflige Frage diskutiert, ob diesmal

der Reichstag vertagt oder geschlossen werden solle. Die Regierung hatte den Schluß des Reichstages als den Normalzustand, und eine Vertagung von einem Jahre in das andere als unerwünscht bezeichnet. Und sie ist damit im Rechte; denn ein Streit darüber ist überhaupt nicht möglich. Aber „normal“ wäre es auch, dem Reichstag nicht mehr Arbeitsstoff zu unterbreiten, als in einer Session bewältigt werden kann. Indes kann auch dieser von einer Schuld infiziert nicht freigesprochen werden, als gar manche Verhandlungen kürzer und dabei doch erspöndlicher gestaltet werden könnten. Wie nun die Dinge zurzeit liegen, so sprechen für die Vertagung praktische, für den Schluß prinzipielle Gründe.

Seit längerer Zeit haben in der Presse breiteste Erörterungen, zum Teil unerquicklicher und gehässiger Art, die Kunde gemacht über den

Kaiserbrief an die Landgräfin von Hessen.

Wie gewöhnlich, erfolgte die amtliche Mitteilung der Angelegenheit nicht förmlich, und trotzdem ist der Umstand, daß sie erfolgte, an sich mit Freuden zu begrüßen, wenn auch gesagt werden muß, daß irgendein Recht der Öffentlichkeit, über den Inhalt des Briefes Näheres zu erfahren, nicht bestand, da es sich um einen Privatbrief handelte, der nicht allein geistlich geschützt, sondern auch für jeden ehrenhaften Denker ein unangenehmes Gehege ist.

In diesen Tagen bildet den Brennpunkt des außerpolitischen Interesses

die Ministerzusammenkunft in Abbazia.

Formell ist die Reise des italienischen „Auswärtigen“, di San Giuliano, nach der österreichischen Riviera zwar nur die Erwidmung des Besuchs, welchen sein österreichischer Amtsgenosse, Graf Berchtold, unmittelbar nach Ausbruch der Balkankriege im Jahre 1912 in San V abgestattet hatte; aber tatsächlich darf man wohl annehmen, daß die Bedeutung der Begegnung der beiden führenden Staatsmänner in Abbazia über die eines bloßen Höflichkeitsbesuches weit hinausgeht. Was von diesen Besprechungen die Öffentlichkeit erfahren darf, wird ihr nach Beendigung der Zusammenkunft ein amtliches Wiener Communiqué mitteilen; es heißt also vorderhand sich bescheiden!

Die beiden großen Ausfallsbewegungen in Rußland und England sind nun nach mehrwöchiger Dauer glücklich beigelegt, während über den Stand des nordamerikanischen Grubenarbeiterstreikes schon seit vierzehn Tagen jede Nachricht fehlt. Was die Gärung unter den italienischen Eisenbahnern betrifft, so hat es, den letzten Nachrichten zufolge, den Anschein, daß es der Regierung doch noch gelingen dürfte, die schwere Verkehrsstörung zu beschwören. Ueber die weitere Entwicklung der vor etwa acht Tagen in den Tabakindustrie-Zentren Neu-Griechenlands bzw. Neu-Bulgariens von fünfundsiebenzigtausend Arbeitern initiierten Lohnbewegung endlich fehlt seit einigen Tagen jede Kunde.

Inzwischen hat kurz vor Ostern die französische Kammer ihre Porten geschlossen und sich aufgelöst, und die Wahlbewegung, die diesmal besonders erbaulich zu werden versprochen, ist schon munter im Fluß. Da ist es denn kein Wunder, wenn

Frankreichs innere Krise

immer noch keine Heilungssymptome zeigt. Die Tätigkeit der Rochette-Kommission hat eben hauptsächlich in der Anwendung des alten Rezeptes bestanden, den Belz zu waschen, ohne ihn nah zu machen. Nimmt man noch hinzu, daß selbst der Ablauf der Legislaturperiode die Kammer nicht hat bestimmen können, das Budget zu erledigen, so wird einem klar, daß die französische Nation vor einer entscheidenden Stunde steht. Prophezelungen sind schwer. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder rafft das Volk sich auf, und dann wird bei den Wahlen über die herrschenden Parteien ein schweres Gewitter niedergehen, oder es versinkt in noch größere Apathie, und in näherer oder fernerer Zukunft findet das Regime ein Ende mit Schrecken.

Die Gesetzesvorlage, die Irland die politische Freiheit bringt und England vor wenigen Wochen fast den Bürgerkrieg gebracht hätte,

die Home-Rule-Bill,

wurde in zweiter Lesung vom Unterhause angenommen. Die noch bevorstehende dritte Lesung dürfte kaum eine Schwächung der Regierungsmehrheit zeigen, und so kann die Vorlage als endgültig angenommen gelten. Offenbar hat sich also die Lage der eine Zeitlang arg bedrängten liberalen Regierung — vorläufig wenigstens — gebessert; denn auch ihr Chef, der Premier- und Kriegsminister Asquith, hat in der für ihn nötig gewordenen Wahl zum Unterhause sein Mandat ohne Konkurrenten wiederlangt.

Die vor einigen Monaten ins Leben getretene, gegen Albanien gerichtete

griechische Agitation in Nordpefus

scheint im Abflauen begriffen zu sein. Bisher ist es allerdings den Epiloten auch noch nicht gelungen, einen regelrechten Erfolg im offenen Kampfe über die Albanier davonzutragen; aber bei der durchaus unübersichtlichen Kräfteverteilung muß es ganz ungewiß erscheinen, ob den Albanern die völlige Unterdrückung dieses Aufstandes gelingen wird. Jedenfalls dürfte es im Interesse beider Parteien liegen, den von den Großmächten befürworteten Ausgleich sich zuzunutzen zu machen. Ob allerdings dann für

die Dauer Ruhe eintreten wird, ist und bleibt sehr fraglich; denn das provokatorische Benehmen der Balkanachbarn des jungen Fürstentums, die das schwache Erzeugnis der Londoner Diplomatenkonferenz lieber heute als morgen sterben sehen, birgt einen Konfliktsstoff, der jederzeit zur Explosion gebracht werden kann.

Der Zwischenfall von Tampico.

wo Truppen des mexikanischen Präsidenten Huerta amerikanische Marineschiffe festgenommen hatten, drängte die Washingtoner Regierung aus der bisher beobachteten Politik des „wachsam abwarten“ endlich heraus. Da nun Huerta die von ihm geforderte Genugtuung — einen Salut von einundzwanzig Kanonenschüssen vor dem amerikanischen Geschwader — an Bedingungen geknüpft hatte, die man in Washington nicht annehmen wollte, so hat die Unionsregierung das ganze atlantische Geschwader nach den mexikanischen Gewässern geschickt. Der Umfang dieser Flottendemonstration trug den Charakter einer so ernstlichen Drohung, daß Huerta die bisher von ihm verfolgte Politik der einfachen Nichtbeachtung nichts mehr nützen konnte. Das sah der Hartnäckige denn auch ein, und er sagte zu, den Salut für die amerikanische Flotte abfeuern zu lassen — wenn diese ihn erwidert. Nachdem auch diese Bedingung in Washington angenommen ist, darf man die durch den Zwischenfall geschaffene besondere Krisis für beendet ansehen, bis eine neue auftaucht; denn mit dem Gegenfakt ist Huerta immer noch nicht als Präsident der Republik Mexiko seitens der Union anerkannt. Was die Stellung der auswärtigen Mächte anlangt, so werden diese nach wie vor die mexikanische Angelegenheit der nordamerikanischen Bundesregierung überlassen und in keiner Weise intervenieren. — Alles in allem dürfte Präsident Wilson übrigens mit dieser Wendung der Dinge zufrieden sein. Denn ein Krieg mit Mexiko ist bei den äußerst schwierigen Terrain- und klimatischen Verhältnissen gewiß kein militärischer Spaziergang, noch dazu, wenn, was nicht ausgeschlossen wäre, die Insurgenten mit Huerta gemeinsame Sache gegen den Angreifer machten.

Deutsches Reich.

Hof und Gesellschaft. Der Kaiser fuhr am Donnerstagmittag mit dem Reichskanzler zu den Ausgrabungen in Monrepos und Garijo, wo sich auch die Kaiserin, die griechische Königin, die Minister Benzelos und Streit sowie der Gesandte Graf Quadt einfanden.

Das badische Großherzogspaar begab sich am Freitag von Karlsruhe nach München zur Erwidmung des Besuches, welchen das bayerische Königspaar anlässlich der Thronbesteigung vor etwa einem halben Jahre in der badischen Residenz abgestattet hatte.

Eine Novelle zur allgemeinen preussischen Gewerbeordnung von 1845. Dem Herrenhaufe ging ein Gesetzesentwurf zu, der bestimmt, daß § 18 Abs. 1 der allgemeinen preussischen Gewerbeordnung auf den ganzen Umfang preussischen Monarchie Anwendung finden soll. Nach der alten Fassung des § 18 dürfen juristische Personen des Auslandes nur mit Erlaubnis der Ministerien ein stehendes Gewerbe betreiben. In den nach 1866 erworbenen Gebietsteilen wurde dieses Recht ausgeübt, obwohl es dort ausdrücklich nicht eingeführt war. Kürzlich hatte nun aber das Oberlandesgericht in Celle entschieden, daß diese Bestimmung in Hannover keine Gültigkeit habe, und diese Rechtsauffassung war auch vom Kammergericht geteilt worden. Das Reichsgericht steht gleichfalls auf dem Standpunkt, daß in neu erworbenen Landesteilen öffentlichrechtliche Bestimmungen ausdrücklich eingeführt werden müssen, wenn sie Rechtskraft in diesen Landesteilen besitzen sollen. Um ausländische Gesellschaften in ganz Preußen unter einheitliches Recht zu stellen, wird die Bestimmung des § 18 Abs. 1 nunmehr auch für die Provinzen Hannover und Hessen-Nassau eingeführt werden, und die Novelle soll im Entwurfe hierzu die Möglichkeit geben.

Die Reisser Burschentragödie hatte der Zentrumsabgeordnete Erzberger zum Vorlaß genommen, um für den Reichstag an den Staatssekretär Dr. Delbrück eine Anfrage zu richten. Prompt wurde diese auch dahin beantwortet, daß einer der Burschen den Generalmajor Boch angegriffen und aus Reue über Selbstmord verübt habe. Der General, ein wohlwollender Vorgesetzter, habe den Burschen morgens durch Begießen mit Wasser gewedt. In Schlaftrunkenheit habe der Bursche auf den General eingeschlagen, eine Bestrafung würde aus diesem Grunde kaum erfolgt sein. Wie weit der andere Bursche am Angriff beteiligt gewesen sei, habe sich nicht feststellen lassen. Er dürfte sich das Leben genommen haben, weil er befürchtete, als Mittäter in Verdacht zu kommen. Fest stehe, daß beide Burschen wegen Herumtreibens abgelöst werden sollten, und auch diese Strafe dürfte mit ein Grund des Selbstmordes sein. Ein gerichtliches Einschreiten habe der Vorfall nicht notwendig gemacht. Die Beerdigung der Soldaten habe im Garnisonorte stattgefunden, weil die Eltern eine Ueberführung in die Heimat nicht gewünscht hätten. Auf Wunsch der Mutter des einen Burschen solle dessen Leiche jetzt nachträglich in die Heimat übergeführt werden.

Landfrankentassen für Dienstboten? Zur Beratung der Frage einer nachträglichen Errichtung von Landfrankentassen für Dienstboten wird am 8. Mai d. J. eine Konferenz der Versicherungsämter Groß-Berlins abgehalten werden, die im Ober-Versicherungsamt stattfinden wird. Für diese Konferenz ist von den für die Dienstbotenver-

Kurze Inlands-Chronik.

Der vom Güttramer Schwurgericht zum Tode verurteilte Räuber Koch wurde nach Kassel übergeführt. Er muß operiert werden, da er an Blinddarmentzündung erkrankt ist.

Das „Kobler Tageblatt“, das älteste Lokaltagesblatt im Altenburger Lande, ist am 16. April auf ein hundertjähriges Bestehen zurückzuführen. Es erscheint seit seiner Gründung ununterbrochen im Verlage der Buchdruckerei Beck, jetzt Buchdruckerei J. Beck, an deren Spitze in der vierten Generation der Hofbuchdrucker Max Beck, der Urenkel des Gründers H. C. Beck, steht.

In der Nähe von Bad Wildungen, in dem Vorort Reichenhagen, ist ein Hügelgrab aufgedeckt worden. Es ist ein Flachgrab mit unterirdischer Steinfassung und barg Reste eines Holzjarges und fünf Tournen mit Spitzfuß, die Aschenreste enthielten.

Lokales und Provinzielles.

Dillenburg, 18. April. Gestern nachmittag ging das Gerücht durch die Stadt, der flüchtige R. Gg. mit seiner Frau seien in Neß verhaftet worden. Wie wir uns an zuständiger Stelle erkundigt haben, entspricht dies nicht den Tatsachen. Es hat vielmehr den Anschein, als wenn es B. gelungen ist, über die Grenze nach Luxemburg zu entkommen.

Herborn, 18. April. Ueber das vielumstrittene und vielbesprochene Platinorkommen in den Gemarkungen Manderbach und Sechshelden werden jetzt von sachmännischer Seite sehr beachtenswerte Ausführungen gemacht, in denen dargelegt wird, daß das Schiefergebirge des Sauerlandes Platin in Verbindung mit Iridium, Rhodium, Palladium, Osmium und Ruthenium neben Gold, Silber und Nickel birgt. Der Umstand, daß die Entdeckung dieses Platins erst in so später Zeit erfolgte, ist darauf zurückzuführen, daß sich die bisherigen Analysemethoden für die Gewinnung von Edelmetallen als unanwendbar erwiesen. Erst der Ingenieur Schreiber entdeckte ein Extraktionsverfahren, durch das die Edelmetallgewinnung sich in billiger und gründlicher Weise vornehmen läßt. Schreibers Untersuchungen führten in eine Tiefe bis zu 16 Metern. Vortage hat eine rheinische Gesellschaft die Untersuchungen fortgesetzt und zwar im Großbetriebe, nicht mehr im Laboratorium, wie Schreiber es tat. Etwa 100 Analysen ergaben einwandfrei einen Gehalt von 18 bis 35 Gramm Platin pro Kubikmeter. Nach dem Bekanntwerden dieser Funde schwiegen die Zweifel dennoch nicht; aber Autoritäten wie Hommel (Klaustal) und Knick (Berlin) bestätigten die Richtigkeit der Analysen. Das Schreibersche Verfahren gibt zwar noch heute die Richtlinien an, ist aber durch die neuere Methode überholt. Bei dem Bekanntwerden des Platinorkommens wurden naturgemäß in dem Gebiete Mutungen eingelegt. Die Platingewinnung ist nur möglich auf Grund vertraglicher Abmachungen mit dem Grundeigentümer oder durch diesen selbst, falls er gleichmäßig das Bergrecht auch für Gold, Silber, Kupfer oder Nickel hat. Derartige Mutungen sind jedoch nur für den notwendig, dem gleichzeitig das auf der Schreiberschen Methode beruhende Verfahren bekannt ist und das Verwertungsrecht besitzt. Soweit dies zusammengetroffen ist, konnten auch in den letzten Tagen Untersuchungen vorgenommen werden, die abermals einwandfrei Platin feststellten, und zwar an einer Stelle bis 121 Gramm Platin in der Tonne Gestein. Die Gewinnungskosten belaufen sich für eine Tonne Gestein auf etwa 30 Mk., unter Voraussetzung, daß das Gestein im Tagebau gewonnen wird. Der Platinpreis ist, daß die bisherigen Analysen neben dem Platin etwa 4-5 gr Gold und etwa 275 gr Silber in dem Gestein feststellten. Die Funde bei Manderbach bedeuten mehr, als sich jetzt übersehen läßt. Für die mit Glücksgütern nicht gelegene Bevölkerung dürfte ihre Ausbeutung eine Quelle wirtschaftlichen Wohlstandes werden.

Zum Verwalter der hiesigen Zahlstelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Distrikt wurde als Nachfolger des vom Amte zurückgetretenen Herrn Wissenbach Herr Schreiner Carl Post gewählt.

Ballersbach, 18. April. Am kommenden Dienstag, den 21. d. Mts., wird die bekannte Friedberger Militär-Konzert veranstaltet, welches sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen haben dürfte.

Frankfurt, 17. April. Die nassauische Steingutmanufaktur von Höhr im Westerwald wartet auf der gegenwärtig hier stattfindenden Ostermesse mit zwei Pracht- und Kunststücken auf. Zunächst ist eine mächtige Frankfurter Kanne aufgestellt, die frei aufgedreht ist; sodann steht ein riesiger „Bembel“ zur Schau aus. Das monströse Apfelglas faßt 60 Liter oder 180 Frankfurter Schoppen. Die Kanne wurde dem Verfertiger, August Gorgelius-Werningen, schon recht annehmbare Preise geboten. Die aus Goldverfälschung gestrichelte und tat gut daran, denn diese entpuppte sich als eine ganz gefährliche Schwindlerin, die unter allerlei geistlichen Namen in ganz Hessen und Nassau umhergelaufen. Vermutlich handelt es sich um den am 21. März bei Eschenbach in den Main gefallenen Ludwig Zimmermann. Beim Austritt aus einem Zigarrenladen wurde der Kaufmann Glawacz absichtlich von einem „angelegten“ achtjährigen Buben mit dem Rade angefahren und darauf in die Gasse von halbwegsigen Straßenlängern provoziert. Der Kaufmann erlitt dabei schwere Verletzungen und mußte sofort in ärztliche Behandlung gegeben werden.

Frankfurt a. M., 17. April. Unter dem Vorsitz des Professors Kumbach (Vonn) begann heute unter reger Teilnahme aus allen Teilen Deutschlands die achte Hauptversammlung des Replerbundes. Sie wurde durch einen Vortrag von Professor Dr. Dönnert (Godesberg) über die Bedeutung der Naturerkenntnis für das Geistesleben unserer Zeit eingeleitet. Nach einer einleitenden

Schilderung des Einflusses der Technik und des Maschinenwesens auf das moderne Leben mit ihrer Charakterverfälschung beschäftigte sich der Redner mit den Merkmalen der sogenannten „Moderne“: dem modernen Denken, dem Wirklichkeitsinn und der Bewertung des Individuums. An den Vortrag schloß sich die Erstattung einzelner Berichte. Dem Jahresbericht zufolge haben die Grundzüge des Bundes im Volke immer mehr Boden gewonnen; anerkannt wird das gemeinsame Arbeiten aller politischen und konfessionellen Richtungen im Sinne des Replerbundes. Die Mitgliederzahl stieg seit 1913 um 970 auf 8210. Die Zeitschriften des Bundes erscheinen in einer Auflage von je 12000 bzw. 9500 Exemplaren. Für den Kapitalfonds des „Instituts für volkstümliche Naturkunde“ wurden bisher 161 677 Mk. gesammelt. In der Nachmittagsitzung sprach Dr. Teichmüller (Karlsruhe) über: „Die Entwicklung der elektrotechnischen Wissenschaft seit 25 Jahren“. Abends referierte Dr. Hauser (Berlin) in öffentlicher Versammlung über: „Die entwicklungsgeschichtlichen Gründe für und wider die Abstammung des Menschen“.

Bilbel, 17. April. Der Gemeinderat beschloß eine Herabsetzung des Preises für Leuchtgas auf 17 und für Kraftgas auf 14 Pfg. bei einem monatlichen Mindestverbrauch von 45 Kubikmetern.

Büdingen, 17. April. Zum Bürgermeister in Langenselbold wurde Rechtsanwalt Fr. Koch von Büdingen gewählt, nachdem dem vorher gewählten Gerichtsvollzieher L. P. Hentzenröder die Bestätigung verweigert worden war.

Inbeiden, 17. April. In einer hiesigen Familie kam es am Mittwoch zwischen Vater und Sohn zu einer Schlägerei, bei der das Messer und schließlich die Axt eine Hauptrolle spielten. Erst als die telegraphisch herbeigerufene Polizei aus Hungen erschien und die Raufkämpfer verhaftete, kehrte Ruhe in der Familie ein.

Dornholzhausen, 17. April. Ein hier als Lehrling untergebrachter Fürsorgezögling verstümmelte eine hochtrachtige Ziege in ganz gemeiner Weise und suchte das Weite.

Aus Oberhessen, 17. April. (Ein Original.) In Battenhausen starb dieser Tage im Alter von 80 Jahren der Bürgermeister Johannes Bomm, ein Original vom Scheitel bis zur Sohle und ein leuchtender Bauernmann, der sich durch seine mannhaften Antworten und Aussprüche allerorten des größten Ansehens erfreute. Berühmt war Bomm durch sein drahtiges Wesen gegenüber dem Landrat. Als dieser einst auf dem Zwangswege eine neue Schulgeige für die Battenhäuser Schule vom Bürgermeister Bomm verlangte und deswegen selbst auf das Dorf kam, sagte der Ortsgezwaltige, die alten Geigen seien besser als die neuen. Der Landrat: „Sie verstehen doch nichts von einer Geige“. Worauf er die Antwort erhielt: „Mehr jedenfalls als Sie!“ Und dann stimmte Bomm die Geige glockenhell und spielte ganz vortrefflich auf ihr. Die Geige überdauerte nun noch 30 Jahre. Bemerkenswert ist, daß Bomm im Gegensatz zu den meisten seiner Amtsverfolger ein scharfer Gegner des in Oberhessen vor Jahren blühenden Antisemitismus war.

Alzen, 17. April. Eine neue Landtagswahl wird im Mai für den Wahlkreis Alzen stattfinden, da der jetzige nationalliberale Abgeordnete Eduard Diehl, Bürgermeister von Gaudernheim, aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt hat.

Main, 18. April. Hier wurden gestern zwei Franzosen verhaftet, die einen offenbar nur maskierten Hausierhandel betrieben. Beide stehen im Verdacht, Spionage getrieben zu haben. Ein dritter Verdächtiger entkam, indem er noch rechtzeitig die Stadt verließ.

Spiel und Wanderungen.

Sonntag von 3 Uhr ab: Spielen am Hochbehälter.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Burg. Herr Dr. Burckhardt ist Samstag, den 25. April in Herborn um 2 Uhr im Hotel Ritter zu sprechen und abends in Dillenburg bei Herrn Wirt Thier.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt a. M., 18. April. (Eigener telefonischer Bericht.) In der Wirtschaft Beck, Alte Mainzerstraße 36, kam es heute früh zwischen Zigeunern, Arbeitern und Korbmachern zu einer regelrechten Messerschere, in deren Verlauf der Arbeiter Ludwig Wolf aus der Schönstraße 23 durch einen Messerstich getötet wurde. Ferner erhielt der 26jährige Korbmacher Engel aus Ottersberg lebensgefährliche Stichwunden in die Schläfen. Ein dritter Mann, der sich aktiv an der Stecherei beteiligt hatte, wurde gleichfalls schwer verletzt, ist aber entwischt und konnte nicht ergriffen werden. Drei von den Tätern wurden von der Polizei hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Französischer Freiballon im Taunus.

Frankfurt a. M., 18. April. Wie erst jetzt bekannt wird, landete am Ostersonntag in einem abgelegenen Teile des Taunus ein französischer Freiballon. Die beiden Insassen hatten kurz vor der Landung verschiedene Utensilien, darunter Generalstabskarten, aus dem Ballon geworfen. Sie gaben den Bauern Geld, damit diese den Ballon wieder nach Frankreich zurückschickten. Sie selbst fuhren sofort nach Frankreich zurück. Der Ballon wurde beschlagnahmt und das Kriegsministerium von dem Vorfall verständigt.

Die 99er kommen wieder nach Zabern.

Zabern, 17. April. Wie vom Truppenübungsplatz Oberhofen verlautet, wird das Infanterie-Regiment Nr. 99 nach mehrmonatiger Abwesenheit wieder nach Zabern zurückkehren, und zwar wird das erste Bataillon morgen nachmittag um 4.45 Uhr und das zweite Bataillon um 6.37 Uhr in der Stadt eintreffen.

Deutscher Spion.

Paris, 18. April. Diesige Blätter behaupten, daß in der Nähe von Nancy ein deutscher Spion verhaftet worden sei. Er soll von der Wache in der Nähe des Forts Trouard an einer für den Privatverkehr gesperrten Stelle übertracht worden sein. Es handelt sich um das Tor Sortie de Guerre, das durch Stacheldraht geschützt ist und im Kriegsfall als Aus-

fallort dient. Der Verhaftete, bei dem keinerlei Papiere gefunden wurden, behauptet, aus Straßburg gebürtig zu sein und Covalotti zu heißen.

Landung auf deutschem Boden.

Paris, 18. April. Gestern war ein französischer Fliegeroffizier, der anscheinend die Orientierung verloren hatte, auf elsfäischem Gebiete gelandet, war jedoch, als er seinen Irrtum bemerkte, sofort wieder aufgestiegen. Wie nun der „Petit Parisien“ meldet, beabsichtigt das französische Kriegsministerium eine Untersuchung in dieser Angelegenheit vorzunehmen. In französischen Regierungskreisen soll man der Ansicht sein, daß der Offizier, dessen Name übrigens im Ministerium noch nicht bekannt ist, unbedingt die Ankunft der deutschen Behörden hätte abwarten müssen, bevor er seinen Weiterflug antrat.

Guerta will nicht nachgeben.

Washington, 18. April. Die entgültige friedliche Beilegung des Konflikts mit Mexiko ist noch keinesfalls als sicher zu betrachten. Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind vielmehr eine Reihe erster Hindernisse aufgetaucht. Präsident Guerta hat nämlich eine Reihe neuer Bedingungen in der Frage der Abseuerung des Saluts gestellt, die der Bundesregierung unannehmbar erscheinen. Guerta verlangt insbesondere, daß die amerikanischen Schiffe den Salut gleichzeitig mit den mexikanischen abgeben werden sollen. Nach dem Eintreffen dieser neuen Bedingung aus Mexiko wurde sofort vom Präsidenten ein Kabinettsrat einberufen, dessen außergewöhnlich lange Sitzung auf eine Verschärfung der Lage schließen läßt. Um 1 Uhr nachts waren die Minister noch immer versammelt. Die aus Mexiko eingetroffenen Nachrichten lassen die Lage auch noch immer als ernst erscheinen. Guerta soll durchaus nicht gewillt sein, sich mit den Vereinigten Staaten friedlich zu verständigen. Er betrachtet vielmehr einen Krieg mit den Vereinigten Staaten als die letzte Möglichkeit, sich am Ruder zu erhalten, da er glaubt, daß eine nationale Bewegung gegen die Amerikaner auch die ihm feindlichen Elemente auf seine Seite bringen würde.

Washington, 18. April. Die Regierung Wilsons hat sich die Forderung Guertas nach einem Gegenalut noch einmal reiflich überlegt und ist schließlich zu dem Ergebnis gekommen, Guerta ein neues Ultimatum zu stellen und den Salut der mexikanischen Flagge bedingungslos zu fordern. Eine dementsprechende Depesche ist an den amerikanischen Geschäftsträger Schaughnessy in Mexiko abgegangen, derzufolge der Salut von 21 Schüssen von der mexikanischen Flotte bedingungslos verlangt wird.

Attentat in New-York.

New-York, 18. April. Ein Revolverattentat wurde gestern nachmittag auf den Bürgermeister von New-York Mitchell verübt. Als er in Begleitung des Alderman und bekannten Schriftstellers Folt das Rathaus verließ, feuerte ein älterer Mann einige Revolvergeschosse auf den Bürgermeister ab, die diesen jedoch nicht trafen. Folt wurde durch einen Schuß leicht verletzt. Der Attentäter, der sofort verhaftet wurde, erklärte bei seiner Vernehmung, Rose zu heißen. Es handelt sich, wie sich herausstellte, um die Tat eines Irren. Die Verletzungen des Syndikus und Aldermans Folt, der bei dem Attentat auf den Bürgermeister von einer Kugel in den linken Mundwinkel getroffen wurde, sind glücklicherweise nicht lebensgefährlich. Der Attentäter David Rose steht im 70. Lebensjahre.

Ein ganzer Hafen zerstört.

Sanibar, 18. April. Die Stadt Port Amelia wurde durch einen Zyklon vollständig zerstört. Fünfzig Eingeborene haben dabei ihr Leben eingebüßt.

Berlin, 18. April. In einem Erlass an das Heer feiert der Kaiser Wilhelm heute den 50. Gedenktag des Sturmes auf die Düppeler Schanzen.

Berlin, 18. April. Der Anwalt der in Rußland gefangenen Luftschiffer, Dr. Almann, wurde gestern in Sachen seiner Klienten von dem Kasaner Korrespondenzanwalt benachrichtigt, daß die Anlagenschrift behufs Zustellung an die Angeklagten abgegangen sei. Die Kriegsverhandlung wird am 30. April nicht in Kasan, sondern in Perm stattfinden.

Brüssel, 18. April. In Verviers brannte ein zweistöckiges Wohnhaus nieder. Das Feuer griff auf das Nebenhäus über. Noch ehe die Feuerwehr des Brandes Herr werden konnte, waren eine Frau und zwei Kinder bereits erstickt.

Brüssel, 18. April. Der Inhaber einer großen Börsenmaklerfirma wurde in Haft genommen, weil er Wertpapiere in Höhe von drei Millionen Francs, die ihm Kunden zur Lombardierung anvertraut hatten, unterschlug. Der Makler hatte sein Geschäftshaus in einer der vornehmsten Straßen der Stadt.

Petersburg, 18. April. Im Laufe des gestrigen Tages verletzten 1000 Arbeiter unter Abhängen revolutionärer Lieder bis zur Kasaner Kathedrale vorzudringen. Der Polizei gelang es, sie zu zerstreuen. Auch in den Vorstädten fanden revolutionäre Demonstrationen statt. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor, konnte jedoch der eigentlichen Führer nicht habhaft werden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Karl Klose, Herborn

Weilburger Wetterdienst.

Vorausichtliche Bitterung für Sonntag, den 19. April. Fortdauer des trockenen und heiteren, tagsüber warmen Wetters.



Steckenpferd-Seife
die beste Milchemulsion
von Bergmann & Co., Radebeul, für zarte weiße Haut und blendend schönen Teint, à Stück 50 Pfg. Überall zu haben.

